

Härtel, Hans-Hagen

Article — Digitized Version

Unterschätzter Zeitbedarf

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Härtel, Hans-Hagen (1990) : Unterschätzter Zeitbedarf, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 10, pp. 490-491

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136681>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Unterschätzter Zeitbedarf



Hans-Hagen Härtel

Nicht einmal ein Jahr nach dem 9. November, als das SED-Regime mit der Grenzöffnung vor seinem eigenen Anspruch und vor der eigenen Bevölkerung kapitulierte, sind die Bewohner der früheren DDR mit allen Rechten und Pflichten Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Damals hätte man eine so rasche ökonomische und politische Integration nicht nur für undenkbar, sondern auch für nicht wünschenswert gehalten.

Wenn die Wissenschaftler aus der Welt ihrer theoretischen Modelle in die reale Welt treten, müssen sie insbesondere einem Faktor Rechnung tragen, nämlich dem Umstand, daß die Anpassung an Veränderungen des politischen und wirtschaftlichen Umfeldes Zeit braucht. Zeit wird zum einen benötigt, weil Produktionsanlagen und Institutionen beseitigt, modernisiert oder neu aufgebaut werden müssen, und Zeit braucht es zum anderen und vor allem, weil die Menschen als ökonomische und politische Entscheidungsträger erst die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen erwerben müssen.

Bei schockartigen Veränderungen des Umfeldes besteht die Gefahr, daß die obsoleten Produktionsanlagen, Institutionen und Fähigkeiten rascher zerstört als neue aufgebaut werden, so daß in der Übergangszeit Ressourcen, insbesondere Arbeitskräfte, unbeschäftigt bleiben. Dies ist in der ehemaligen DDR nun eingetreten, und zwar in einem Ausmaß, das selbst Pessimisten nicht zu prognostizieren wagten. Einen Tag nach der Vollendung der Einheit meldete die Bundesanstalt für Arbeit, daß sich im westlichen Teil Gesamtdeutschlands die Expansion der Beschäftigung ungebrochen fortsetzt und die Anzahl der von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Betroffenen auf 1,8 Millionen gesunken ist, während diese Anzahl in den neuen Bundesländern auf 2,2 Millionen gestiegen ist. Inzwischen sind dort nahezu ein Viertel aller Erwerbspersonen als Arbeitslose oder Kurzarbeiter gemeldet, im alten Bundesgebiet sind es nur noch 6%. Es wäre eine schwere Hypothek für den Neubeginn, wenn der Eindruck entstände, daß von der Vereinigung weitgehend die „Altsassen“ profitierten, während die Lasten der Integration allein von den „Newcomern“ getragen würden.

War der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft vermeidbar? Zur Vermeidung von Friktionen in Anpassungsprozessen plädieren viele Ökonomen dafür, die Produzenten und Konsumenten nicht schockartig, sondern schrittweise mit Veränderungen des Umfeldes zu konfrontieren. Dieser Idee des Gradualismus entspricht es, daß in der Vergangenheit für die Integration von unterschiedlichen Volkswirtschaften zu einem einheitlichen Markt oder für den Beitritt von Ländern in einen größeren Wirtschaftsraum längere Übergangsregelungen vereinbart wurden. Dabei blieben z.B. wettbewerbsschwache Unternehmen durch temporäre Diskriminierung von Importen geschützt und wurden erst nach und nach dem vollen Wettbewerb ausgesetzt.

Es gibt die Auffassung, es sei ein Fehler gewesen, mit der Währungsunion am 1. Juli auch die Wirtschaftsunion einzuführen und damit die vormals geschützten ostdeutschen Unternehmen schlagartig der Konkurrenz von professionellen Anbietern auszusetzen, die billigere, bessere, ansprechendere und kundengerechtere Produkte liefern und sich durch hohe Flexibilität auszeichnen. Statt dessen hätte man die westlichen Importe zunächst durch Zölle

oder durch Steuern verteuern sollen. Auf diese Weise hätte man allerdings die im Verhältnis 1:1 umgestellten Einkommen und die Geldvermögen nachträglich wieder abgewertet und hätte eine Zoll- und Steuergrenze aufrechterhalten müssen, die die Anbieter jenseits und die Konsumenten diesseits der Grenze zu vielfältigen Umgehungsversuchen animiert hätte. Dies wäre jedoch ein Verstoß gegen die wesentlichen Ziele der Bevölkerung gewesen, die auf die Beseitigung von künstlichen Grenzen, auf eine rasche Verbesserung der Güterversorgung und auf die Abschaffung eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems gerichtet war, das de facto Prämien auf illegales und ineffizientes Handeln gewährte.

Ein weiteres Argument kommt hinzu. Die Verdrängung der heimischen durch westliche Produkte ist nur eine Ursache für die akute Wirtschaftskrise in der ehemaligen DDR. Nicht minder gravierend sind die Friktionen, die der Systemwechsel hervorgerufen hat, d.h. der Wechsel von einer zentralistischen Parteidiktatur zu einer pluralistischen, föderalen Demokratie und der Wechsel von einer zentralistischen und hierarchischen Wirtschaftslenkung zu einer dezentralen und durch Märkte koordinierte Wettbewerbswirtschaft. Die Erfahrungen in Ungarn, Polen und auch der Sowjetunion, die früher als die DDR mit der politischen und ökonomischen Liberalisierung begonnen hatten, belegen, daß es vermutlich keinen praktikablen gradualistischen Übergang von dem einen zum anderen System gibt. In diesen Ländern sind die Friktionen kaum weniger gravierend; insbesondere ist die Krise dort sehr hartnäckig. Dies liegt daran, daß in der Phase, in der die politische Gewalt von der Zentrale auf die neuen politischen Institutionen und die ökonomischen Kompetenzen von der Planbürokratie auf die Unternehmen übergehen und in der die neuen „Eigentumsrechte“ kodifiziert und eingeübt werden, gleichsam ein anarchischer Zustand besteht, der allenthalben Attentismus, insbesondere hinsichtlich längerfristiger Festlegungen, hervorzurufen droht.

Es sprachen deshalb nicht nur politische, sondern auch ökonomische Gründe dafür, daß sich die verantwortlichen Regierungen und Parteien dazu entschlossen, den Systemwechsel nicht schrittweise, sondern schockartig vorzunehmen und auch weitgehend darauf verzichteten, die Rechtsordnung der Bundesrepublik zu verbessern und beitriffsfreundlicher zu gestalten. Daß damit erhebliche Anpassungsfriktionen für die neuen Bundesbürger in Kauf zu nehmen waren, mußte bei nüchterner Betrachtung klar sein. Das Beispiel der Währungsreform und Liberalisierung des Jahres 1948 taugte zumindest für die kurze Sicht nicht zum Vergleich. Damals standen die westdeutschen Unternehmen bei noch geringer weltwirtschaftlicher Verflechtung bei weitem nicht unter diesem Druck von überlegener ausländischer Konkurrenz, zumal auch die übrigen Volkswirtschaften durch den Zweiten Weltkrieg geschwächt waren. Und: Die marktwirtschaftliche Ordnung war durch die Kriegswirtschaft zwar weitgehend suspendiert, aber die politischen und wirtschaftlichen Institutionen, vor allem aber das marktwirtschaftliche Denken in den Unternehmen und in der Bevölkerung waren noch intakt.

Die Friktionen, insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern, sind nicht die Folgen der Vereinigung, sondern unvermeidliche Kosten des von nahezu allen gewünschten Systemwechsels, die bei einem schrittweisen Übergang vermutlich noch höher ausgefallen wären. Wenn die Schocktherapie unvermeidlich ist, so kann es nur noch darum gehen, Friktionen sozial erträglich zu gestalten und die Anpassung zu beschleunigen. Insbesondere müssen die Voraussetzungen für rasche Produktivitätssteigerungen geschaffen werden, denn das Lohnniveau bewegt sich in den neuen Bundesländern nicht nur aufgrund der Ansprüche der Arbeitnehmer rasch nach oben, sondern auch durch attraktive Offerten westdeutscher Arbeitgeber.

Für die Bewohner der ehemaligen DDR ist es für die Bewältigung der Wirtschaftskrise in mehrfacher Hinsicht von Vorteil, daß sie jetzt Bürger der Bundesrepublik Deutschland sind. Erstens sind nunmehr die Bundesorgane unmittelbar auch für sie verantwortlich, und Politiker pflegen sich vorzugsweise den Bevölkerungsgruppen und Gebieten zu widmen, bei denen der Problemdruck am größten ist. Zweitens haben sie nun nicht erst im Falle des Übersiedelns Anspruch auf den Beistand des besser gestellten Teils Deutschlands. Drittens ist auch die Bereitschaft der westlichen Bürger zum Transfer von finanziellen und materiellen Ressourcen zweifellos größer, wenn sie Bürgern des gleichen Staates zugute kommen.